

KLIMASCHUTZ

Phantom Stromlücke

Das Umweltbundesamt (UBA) fordert von der nächsten Bundesregierung, den Bau zusätzlicher Kohlekraftwerke zu verhindern und am Atomausstieg festzuhalten. Befürchtungen, dass durch das Ende der Atomkraftnutzung und einen Ausbaustopp bei Kohlekraftwerken bis 2020 eine Stromlücke entstehen könnte, seien ein „Phantom“, heißt es in einer neuen Studie des UBA zur künftigen Energiepolitik. Entsprechende Warnungen der Deutschen Energie-Agentur und der Energiewirtschaft werden in dem Dossier als irreführend bewertet. Ein intelligenteres Strommanagement könne den Bedarf an konventionellen Grundlastkraftwerken stark senken. Selbst Stromimporte und längere Laufzeiten für bestehende Kohlekraftwerke sind laut UBA klimapolitisch günstiger als Neuanlagen. Neue Kohlekraftwerke hätten zwar geringere CO₂-Emissionen pro Kilowattstunde als alte, ihr Ausstoß sei aber immer noch zu hoch, um bis zur Mitte des Jahrhunderts den nationalen CO₂-Ausstoß um 80 bis 95 Prozent zu senken, heißt es in der Studie. Neue fossile Kraftwerke sollten mit Gas befeuert werden und eine Nutzung ihrer Abwärme erlauben. Negativ bewerten die Bundesumweltschützer die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid. Diese sei „bei näherer Betrachtung nicht nachhaltig“. Wenn überhaupt, sollten CO₂-Speicher nicht für Kohlekraftwerke genutzt werden, sondern für Emissionen aus Stahl- und Zementwerken, da diese technisch kaum reduziert werden können.



Kohlekraftwerk Frimmersdorf

THÜRINGEN

Schwarz-rote Signale

In Thüringen kommt die CDU den Sozialdemokraten inhaltlich weit entgegen, um doch noch eine Große Koalition zu erreichen. In den Sondierungsgesprächen bietet die Union Kompromisse an, etwa in der Bildungspolitik. Während die SPD den Übergang zum Gymnasium erst nach der 8. Klasse ermöglichen will und die Union bislang auf einen Wechsel nach Klasse 4 beharrte, gibt sich das von Christine Lieberknecht angeführte CDU-Trio in den Gesprächen nun verhandlungsbereit. So könnten Schüler auch nach der 6. Klasse auf das Gymnasium wechseln. Als weiteres Signal für Schwarz-Rot gilt das plötzliche Bekenntnis der CDU für ein Programm gegen Rechtsextremismus, das die Sozialdemokraten in der Vergangenheit mehrfach eingefordert hatten. Auch eine Personalie spricht für eine Annäherung der Parteien, die in Erfurt bereits von 1994 bis 1999 gemeinsam regierten: Finanzministerin Birgit Diezel (CDU) will Land-

tagspräsidentin werden – und würde so ein Schlüsselressort für die SPD frei machen. Kommenden Mittwoch will Christoph Matschie, der Spitzenkandidat der Thüringer Sozialdemokraten, in einer Landesvorstandssitzung entscheiden lassen, mit wem er in Koalitionsverhandlungen eintreten soll. Die Gespräche zwischen Linkspartei, SPD und Grünen waren zuletzt wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Bildungspolitik ins Stocken geraten.



Lieberknecht (vorn), Matschie (r.)

SPD

Adios, Genossen

Nach der Wahl müssen einige prominente Sozialdemokraten um ihren Wiedereinzug in den Parteivorstand fürchten. Schlecht stehen die Chancen für Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, auf dem Parteitag im November in Dresden wieder in das Spitzengremium gewählt zu werden; gefährdet scheinen auch Jens Bullerjahn, Finanzminister der SPD in Sachsen-Anhalt, und die ehemalige stellvertretende Vorsitzende des DGB, Ursula Engelen-Kefer. Die Gewerkschafterin könnte erstmals seit 1986 nicht im SPD-Vorstand vertreten sein. Unterdessen versucht die Parteilinke ihren Einfluss in dem Gremium auszubauen. Der Hamburger Niels Annen wurde bereits von seinem Landesverband für die Wiederwahl nominiert. Auch die Juso-Vorsitzende Franziska Droschel, bisher nur mit Besuchsrecht im Vorstand, will ordentliches Mitglied werden. Aus den Ostländern werden der Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, gute Chancen eingeräumt, in das Gremium aufzurücken. Unklar ist noch, ob Andrea Ypsilanti sich erneut um einen Vorstandssitz bewerben will.